



FACHFORUM
NACHHALTIGE
STADTENTWICKLUNG



Erweiterte Ergebnisdokumentation der Stadtwerkstatt 22 - 24 November 2012

„Städte sind die größten sozialen und kulturellen Errungenschaften der
Menschheit...“



Inhaltsverzeichnis

Kontakt	1
Die Auftaktveranstaltung	2
Arbeit und Wirtschaft	4
Behindertengerechtes und barrierefreies Augsburg	7
Bildung und Erziehung	9
Energie	12
Frieden, Rüstungskonversionen	14
Kommune gegen Rechts	16
Kultur	18
Medien und Freifunk	20
Migration, Integration und Asyl	22
Partizipation, Demokratie und Transparenz	25
Ökologie	26
Region	27
Städtebau	29
Verkehr	30
Teilnehmende	32

Die vorliegende Dokumentation wurde um einzelne Aspekte und Beiträge durch die TeilnehmerInnen des Workshops nachträglich erweitert.

Kontakt

Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung
Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 Augsburg
Umweltamt, Abt. Klimaschutz
Stadt Augsburg
An der Blauen Kappe 18
86152 Augsburg
Tel. 0821.324-7325
Fax 0821.324-7323
E-Mail: agenda@augzburg.de

Weitere Informationen finden Sie im Internet:

www.agenda21.augszburg.de sowie www.wirbelnuss.de und
http://www.forumaugszburg.de/s_2kommunal/Stadtentwicklung/index.htm

Die Dokumentation wurde in Zusammenarbeit mit allen Teilnehmenden von Yola Yolova und Maria Engelhardt erstellt.

Die Auftaktveranstaltung

Die Unzufriedenheit mit der modernen Stadt hat nicht zur Formulierung einer glaubwürdigen Alternative geführt; sie hat lediglich bewirkt, dass immer raffiniertere Methoden der Formulierung dieser Unzufriedenheit ersonnen werden.

Rem Koolhaas

Der Gipfel der Raffinesse wäre aber, die Unzufriedenheit mit Lösungen zu konfrontieren. Die Stadt Augsburg hat darum beschlossen ein Stadtentwicklungskonzept (STEK, Stadtratsbeschluss vom 26. Mai 2011) zu erarbeiten. (Auszug aus der Augsburger Agenda-Zeitung Nr. 37, Herbst/Winter 2012/2013)

Das Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung hat leider feststellen müssen, dass diese Pläne im Haushalt 2012 der Stadt Augsburg nicht mehr berücksichtigt wurden. Die kommende Kommunalwahl sorgt daneben für die Gefahr, dass dieses Projekt dauerhaft immer weiter verschoben und verschlossen wird, deshalb wurde die Initiative ergriffen um dieses zu verhindern. Ziel dieses Vorgehens ist es Bürgerschaft und Öffentlichkeit auf den Prozess aufmerksam zu machen sowie sicherzustellen, dass alle umfassend miteinbezogen werden.

Aus diesem Grund hat das Fachforum im Herbst letzten Jahres unter dem Titel Stadtwirklichkeit heute – Stadtentwicklung mitgestalten eine Auftaktveranstaltung und einen Workshop veranstaltet. Zur Auftaktveranstaltung fanden sich am 24.10.2012 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Zeughaus ein, um den Ausführungen der Referenten, Dr. Norbert Stamm (Geschäftsführer der Lokalen Agenda), Dr. Alexander Jungmann (Stadtsoziologe / Universität Augsburg) und Dietmar Egger (Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung) ihren Ausführungen zu folgen. Dr. Stamm erläuterte die bestehenden Konzepte, um zu verdeutlichen, welche bedeutenden Grundlagen bereits vorhanden sind. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmenden einen fundierten Vortrag von Dr. Jungmann, der mit der historischen Entwicklung der Europäischen Stadt begann, über Erläuterungen zu heutigen Krisensymptomen, dann mit den daraus resultierenden Chancen abschloss. Dr. Jungmann stärkte dabei die Bedeutung der Bürger, die allein durch informative Prozesse nicht stark genug mit einbezogen würden. Dr. Jungmann plädierte für die Aktivierung der Stadtbürgerschaft und hob den Mutbürger mit seinem neuen Politik- und Beteiligungsverständnis hervor.

Herr Egger rundete die Auftaktveranstaltung zum Ende hin ab, indem er die Stellung des Fachforums näher erläuterte.

Abschließend fand eine angeregte Diskussion statt, in der Bedenken und Anregungen ausgetauscht wurden.

„Beenden möchte ich meinen Vortrag mit einer Bitte: Meine Damen und Herren, mischen Sie sich in die Augsburger Stadtentwicklung ein. Denn sie sind die größten Experten in eigener Sache, nämlich als Bewohner dieser Stadt, die ihnen allen gehört. Es lohnt sich!“ (Dr. Jungmann, 2012)

Nach der gelungenen Auftaktveranstaltung am 24. Oktober 2012, fand vom 22. - 24. November 2012 im Räumen des Zeughauses die Stadtwerkstatt statt, die zum Ziel hatte Visionen, Thesen, Forderungen zur Augsburger Stadtentwicklung zu erarbeiten. In den nachfolgenden Themenfeldern, waren zahlreiche Fachexperten und langjährige Engagierte beteiligt. Es wurde lange diskutiert und beraten, Probleme und Themen von vielen Seiten beleuchtet und auch Grundsatzdiskussionen geführt.

An dieser Stelle möchten, wir uns auch bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Mitarbeit und ihr Engagement bedanken. Ganz nach dem Motto: Ihre Kompetenzen und Engagement benötigt unsere Stadt! Vielen Dank.

Weitere Informationen zur Auftaktveranstaltung sind unter folgendem Link nachzulesen:

Vortrag des Stadtsoziologen Dr. Alexander Jungmann:

http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2012/11/12_stek-veranstaltung-vortrag-alexander-jungmann.pdf

Input zur Nachhaltigen Stadtentwicklung von Dr. Norbert Stamm, Geschäftsstelle Lokale Agenda 21

http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2012/11/12_stek-veranstaltung-input-norbert-stamm.pdf

Vortrag von Dietmar Egger, Architekt und Mitglied im Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung

http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2012/11/12_stek-veranstaltung-output-dietmar-egger.pdf

Einen allgemeinen Überblick über die Veranstaltungen und Überlegungen erhalten Sie unter:

<http://wirbelnuss.de/stadtentwicklungskonzept-auf-die-agenda-nehmen/>
<http://wirbelnuss.de/stadtwirklichkeit-heute-stadtentwicklung-mitgestalten/>

Grundsatzbeschluss zum Stadtentwicklungskonzept
Der städtische Grundsatzbeschluss zum Stadtentwicklungskonzept (STEK) kann eingesehen werden unter:

http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/06st/splan_o/StEntwicklung/STEK/pdf/Grundsatzbeschluss_STEK.pdf

Arbeit und Wirtschaft

22. November 2012

Forderungen

- ❖ Sicherung der Nahrungsversorgung und Lebensqualität in den Stadtvierteln, durch entsprechende (Einzelhandels-)Konzepte für die Innenstadt und in der Stadt wohnenden Menschen.
- ❖ „Faire“ Arbeitsplätze, keine Werks- und Leiharbeitsverträge. Die Stadtverwaltung und die städtischen Betriebe sollten hier eine Vorreiterrolle annehmen.
- ❖ Die bestehende Verordnung zur Tariftreue in Augsburg muss erhalten und kontrolliert werden. Neben der Tariftreue muss auch eine Begrenzung des Anteils von Subunternehmen auf maximal 30 % erhalten bleiben. Die Bestrebungen auf Landesebene für ein neues Vergabe-, Tariftreue- und Mindestlohngesetz werden unterstützt. Mittlerweile haben zahlreiche Bundesländer wieder europarechtskonforme Landesvergabegesetze beschlossen.
- ❖ Auflösung der Konkurrenz zwischen den Kommunen, z. B. durch Aufteilung der Gewerbesteuer, oder Einrichtung interkommunaler Gewerbeparks ist anzustreben.

Weitere Aspekte zu Arbeit und Wirtschaft Erarbeitet von Herrn Lubecki und Herrn Jung

Ausgangslage

Die Ausgangslage ist bedrückend. Knapp 100.000 Erwerbsfähige unter 34 Jahren sind in Bayern auf Hartz IV angewiesen. Laut DGB Bayern sind grassierende Dumpinglöhne dafür verantwortlich, dass immer mehr, vor allem junge Menschen, von ihrem Lohn nicht leben können. Die Jugendlichen bräuchten dringend eine Perspektive heraus aus den Warteschleifen. Knapp 100.000 Beschäftigte in Bayern sind Leiharbeiter, das ist eine Leiharbeitsquote von 2,2 % an allen Beschäftigten (2007), die sich innerhalb von vier Jahren verdoppelt hat. 743.000 Menschen in Bayern verdienen weniger als 400 Euro pro Monat, 377.000 Menschen in Bayern müssen zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit einen Nebenjob ausüben, weil ihr Einkommen nicht ausreicht. (2008).

In Augsburg sind die Verhältnisse noch schlimmer. Die Leiharbeiterquote liegt in Augsburg bei 6,6 % (2007) und gehört damit zu den höchsten Quoten in ganz Bayern. Die Armuts(risiko)quote ist in der Stadt Augsburg rund ein Drittel höher als in Bayern, bei jungen Erwachsenen doppelt so hoch. Alleinerziehende sind in der Stadt zu mehr als 50 % von Armut betroffen. Der mittlere Lebensstandard liegt in Augsburg rund 8 % unter dem bayerischen Durchschnitt (2008) und das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner um 13 % darunter (2007). Die Arbeitslosigkeit ist in der Stadt weit überdurchschnittlich und die Beschäftigungsentwicklung in Arbeitsgelegenheiten und ein Euro Jobs hat sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt (2005 als Basis).

Nach dem Niedergang der Textilindustrie kommt auch der Maschinenbau, eine der tragenden Säulen der schwäbischen Wirtschaft, in die Krise bzw. in eine Phase der Rationalisierung und Umstrukturierung. Die Versorgungslage der einfachen Bevölkerung, besonders der ärmeren Schichten ohne Auto, in den Stadtvierteln ist gefährdet. Eine investorenfreundliche Politik, die große Handelskonzerne, aber auch große Dienstleister, Bau- und Immobilienunternehmen begünstigt, führt zu einer unsozialen Differenzierung der Lebenslagen in der Stadt. Davon ist die Versorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen ebenso berührt wie Mieten und Wohnraum. Es ergeben sich existenzgefährdende Nachteile für kleinere Geschäfte und Unternehmen in den Quartieren.

Folgen, Auswirkungen, Probleme

Der Niedriglohnbereich frisst sich wie ein Geschwür in den Arbeitsmarkt. Immer mehr Menschen arbeiten zu Hungerlöhnen, sind arm trotz Arbeit. Neben den Arbeits- verschlechtern sich auch die Lebensbedingungen für wachsende Teile der Bevölkerung in der Stadt. Hier sind zentrale Mindestsicherungen nötig, ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit, eine Mindestrente. Auf örtlicher Ebene in Augsburg gibt es Maßnahmen der Armutsprävention wie ein Wohnhilfeprojekt, Projekte wie Kinderchancen, Sozialpaten und Bildung- und Teilhabepaket. Damit wird vor allem versucht, Kindern einen besseren Start ins Leben zu ermöglichen, und Problemgruppen wie Alleinerziehende oder Menschen, die sich keine Wohnung leisten können, zu helfen. Notwendig wären zudem Mietobergrenzen, die aber durch eine gesetzliche Beschränkung der Mieten in Bayern abgesichert werden müssten – wie es zurzeit diskutiert wird.

Ähnlich ist es mit der Tariftreue, die von der *Allianz für Augsburg*, in der Vertreter der IHK, Hwk, des DGB und der Stadt vertreten sind, im Jahr 2005 beschlossen und dann vom OB verfügt wurde. Die schlechte Ausgangslage für heimische Handwerksbetriebe und Bauunternehmen sollte damit beseitigt werden. Bei vielen Ausschreibungen konnten seriöse Firmen nicht mithalten, weil andere Anbieter Lohndumping betreiben, Tarife unterlaufen oder entsprechende Subunternehmer beauftragen und die Angebote unterbieten. Als erste Kommune in Schwaben wollte die Stadt damals streng die Tariftreue vorschreiben und kontrollieren.

Die Augsburger Tariftreue-Regelung war gedeckt durch ein Landesvergabegesetz, das aber im Jahr 2009 von der bayerischen Staatsregierung aufgehoben wurde. Auch ein Volksbegehren für einen Mindestlohn, das der DGB Bayern zwischenzeitlich angestrengt hatte, wurde vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof nicht zugelassen (2009), obwohl die bayerische Verfassung einen Mindestlohn vorsieht. Inzwischen lagen dem Bayerischen Landtag Ende 2010 zwei Gesetzentwürfe zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Mindestlöhnen vor. Diese Gesetzesinitiativen würden den öffentlichen Auftraggebern ermöglichen, nicht nur bei Bauaufträgen das Zahlen von Tariflöhnen einzufordern, sondern bei allen öffentlichen Aufträgen über Bau-, Liefer- und Dienstleistungen. In Branchen, in denen es keine Tariflöhne gibt, müsste sich der Auftragnehmer verpflichten, einen Mindestlohn zu zahlen.

Es geht auch darum, dass die Stadt selbst in ihren Wirtschaftsbetrieben Tariflöhne zahlt – was nicht unbedingt gegeben ist, wie die Auseinandersetzungen bei den städtischen Verkehrsbetrieben, am Klinikum und in den Alten- und Pflegeheimen der letzten Jahre zeigen. Der OB hatte 2005 angekündigt, die neue Richtlinie zur Tariftreue auch bei den Stadttöchtern WBG und Stadtwerke durchzusetzen.

Forderungen, Lösungsvorschläge

Die *Leipzig-Charta der EU zur nachhaltigen europäischen Stadt* aus dem Jahr 2007 besteht laut einer Interpretation des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aus zwei Schlüsselbotschaften:

- Europaweite Verbreitung Integrierter Stadtentwicklungspolitik - und Schaffung der dafür geeigneten Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene.
- Benachteiligten Stadtquartieren im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklungspolitik verstärkt politische Aufmerksamkeit zu widmen. Europa muss alle Bürgerinnen und Bürger erreichen.

Es empfiehlt sich, die Potenziale und Perspektiven dieser Leipzig-Charta der EU zu prüfen, ebenso wie die gleichzeitig getroffene Vereinbarung des informellen Ministertreffens einer *Territorialen Agenda der Europäischen Union*.

Der Bundesvorstand des DGB hat in einem Workshop im Jahre 2007 auf die weitgehend ungenutzten, wahrscheinlich sogar unbekannteren Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten in der Gewerbepolitik – konkret der lokalen und regionalen Handwerkswirtschaft – aufmerksam gemacht. Die öffentlich-rechtliche Handwerkskammer ist im Unterschied zur Industrie- und Handelskammer so konstituiert, dass der Gesetzesauftrag der „lokalen“ resp. regionalen Vertretung der (Gesamt-)Interessen des Handwerks auf der Beteiligung von Betriebsinhabern und Arbeitnehmer des Handwerks beruht. Insofern ist eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Strukturpolitik im Handwerk möglich. Auch in Augsburg sollte ein Gewerbeförderausschuss der Handwerkskammer eingerichtet werden.

Die private Finanzierung von Bauvorhaben birgt nach Ansicht des Bundesrechnungshofes (2003) grundsätzlich keine Wirtschaftlichkeitsvorteile. Auch wenn PPP dem Staat die Kreditaufnahme teilweise erspart, sollte niemand von nachhaltiger Finanzierung ausgehen. Denn nicht nur bei der vollständigen privaten Vorfinanzierung des Konzessionsmodells werden schwer kalkulierbare Kosten in die Zukunft verschoben. Auch bei den übrigen PPP-Varianten müssen der Zinsnachteil der Privaten und die Renditeanforderungen gegengerechnet werden. PPP verringert den politischen Einfluss auf die Infrastrukturentwicklung. Statt diesen Weg zu gehen, sollten besser der Erhalt und die Stabilisierung der Gewerbesteuer verfochten werden, um der Kommune selbstständige Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten.

Literaturhinweise

Armutsprävention in Augsburg <http://www.armutspraevention.augsburg.de/>

„DGB: Dumpinglöhne sind verantwortlich für Armut - sueddeutsche.de“, Januar 29, 2013.

<http://www.sueddeutsche.de/R5R38d/1109255/DGB-Dumpingloehne-sind-verantwortlich-fuer-Armut.html>.

„Sozialbericht: Augsburg ist arm dran - Lokalnews - Augsburgener Allgemeine“, Juni 25, 2010.

http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Lokales/Augsburg-Stadt/Lokalnews/Artikel,-Armes-Augsburg-arid,2179046_regid,2_puid,2_pageid,4490.html.

„Tagung ‚Gemeinsam geht es besser. Kommunale, soziale und wirtschaftliche Strategien gegen Armut in Augsburg‘, 11.3.2010“. Zugegriffen März 15, 2010. <http://www2.augsburg.de/index.php?id=116#c131760>.

„Bayern voran! Mindestlohn jetzt! Volksbegehren!“, Juni 2008.

<http://www.bayern.dgb.de/Volksbegehren/Antexter/>.

„Leiharbeit fair gestalten – Leiharbeit in Bayern, Zeitarbeit in Bayern. Entwicklung und Strukturen, Lutz Eigenhüller, IAB Bayern Nr. 01/2008, Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Bayern“, 2008.

<http://www.gleicharbeit-gleichesgeld.de/leiharbeit/studien/leiharbeit-in-bayern/>.

„Dokumentation des Workshops ‚Nachhaltige Stadtentwicklung‘, Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Ausgabe 04/2007 – September 2007, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Bereich Struktur- und Regionalpolitik“, Juni 18, 2007. http://www.einblick-archiv.dgb.de/hintergrund/2007/19/Nachhaltige_Stadtentwicklung.pdf.

„Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, EU 2007, 24. Mai 2007, beschlossen beim informellen Ministertreffen der für Stadt- und Raumentwicklung zuständigen Minister, BMVBS - Europäische Stadt“, Mai 24, 2007. http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/EuropaeischeStadt/europaeische-stadt_node.html.

„Territoriale Agenda der Europäischen Union (EU), BMVBS - Europäische Stadt“, Mai 24, 2007.

<http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/territoriale-agenda-der-europaeischen-union.html?nn=35776>.

Stadt macht Front gegen Lohndumping. OB verfügt neues Vorgehen bei Ausschreibungen, Augsburgener Allgemeine 17.11.2005

Behindertengerechtes und barrierefreies Augsburg

23. November 2012

Forderungen und Maßnahmen für ein behindertengerechtes und gleichgestelltes Leben

Bereich: Öffentliche(n) Gebäude(n)

- ❖ Einrichtung von automatisierten Schiebetüren mit Bewegungsmelder und automatischem Türöffner, z. B. bei Kirchentüren.
- ❖ Einrichtung von Infocenters / Tresen auf Augenhöhe von RollstuhlfahrerInnen; Schulung des Servicepersonals, z. B. am Service Point des Hauptbahnhofs, in der Bücherei und in der Gastronomie.
- ❖ Ausreichend dimensionierte Aufzüge für E-Rollstühle, Rampen mit 6% Neigung sowie Festtreppen mit 27cm Trittbreite und 13cm Höhe.
- ❖ In öffentlichen Gebäuden: barrierefreie Toiletten, 1m breite Rolltreppen und ausreichend barrierefreie Treppen.
- ❖ Wegeleitsystem zu öffentlichen Gebäuden für Sehbehinderte.

Bereich: Fahrrad

- ❖ Bordsteinabsenkungen an Kreuzungen.
- ❖ Bedürfnisorientierte Ausstattung mit Behindertenparkplätzen, z. B. an ÖPNV-Haltestellen und Park&Ride Parkplätzen.
- ❖ Straßenüberquerungsmöglichkeiten für Behinderte, z. B. in der Maximilianstraße.
- ❖ Wegeleitsysteme, zu und in Fußgängerzonen zu den Ampeln.
- ❖ Erschütterungsfreie Plattenwege für die Fußgängerzone, wie z. B. im Zeughaus, in der Altstadt und am Dom.

Bereich: ÖPNV

- ❖ In Straßenbahnen sollen die zweiten Türen für Rollstühle und die vierten Türen für Kinderwägen reserviert sein.
- ❖ Erhöhung der Haltestellen auf Rampenniveau.
- ❖ Rampenhöhe in Bussen soll abhängig von der Höhe der Haltestelle sein.
- ❖ Ansagen an den Haltestellen für Sehbehinderte.
- ❖ Barrierefreie Toiletten an großen Haltestellen.
- ❖ Radverkehr: keine Führung der Radwege durch ÖPNV-Haltestellen, reduziertes Tempo durch Kleinsteinpflaster und Wegeleitsystem für kombinierte Rad-Fuß-Wege.

Bereich: Bahn

- ❖ Einstiegshöhe abhängig von Bahnsteighöhe.
- ❖ Keine Stufen in Durchgangs- und Eingangsbereichen.
- ❖ Gepäckaufbewahrungsmöglichkeiten
- ❖ Ausreichender Sitzabstand
- ❖ Bewegliche Armlehnen
- ❖ Panoramafenster

Bildung und Erziehung

22.-23. November 2012

Kritik am bayerischen Schulsystem: Soziale Ausgrenzung statt Chancengleichheit

Im bayerischen Schulsystem ist die Grundschule der einzige Ort, an dem Kinder mit unterschiedlichem Bildungshintergrund gemeinsam lernen dürfen. Der Gedanke, die Verschiedenartigkeit der Kinder als Gewinn zu betrachten und in eine Atmosphäre von Toleranz und Gemeinschaft zu verwandeln, ist für viele Entscheidungsträger/innen in der bayerischen Bildungspolitik offensichtlich schwer vorstellbar.

Visionen

- ❖ Gleichheit in Bildung und Erziehung für Kinder.
- ❖ Bessere Bildungschancen ermöglichen eine bessere Partizipation.
- ❖ Die ersten EntscheidungsträgerInnen mit Migrationshintergrund erleichtern den Ein- und Aufstieg nachfolgender Generationen.
- ❖ Durch Bildung wird Partizipation verbessert und kulturelle Verwirklichung gefördert.

Forderungen

- ❖ Alle machen einen Abschluss - Mittlere Reife (z. B. Frankreich)
- ❖ Ganztagschulen und Gesamtschulen
- ❖ Aufhebung des Schulsprengelsystems
- ❖ Benotung fällt weg, dadurch weniger Druck und mehr Förderung der Interessen (z. B. Finnland).
- ❖ Mehr künstlerische Fächer
- ❖ Integration / Wieder-Integration ins Bildungssystem durch motivierenden künstlerischen Unterricht
- ❖ Hausaufgabenbetreuung von ehrenamtlichen Eltern z. B. Bürgerstiftung
- ❖ Muttersprachliche LehrerInnen
- ❖ IslamlehrerInnen die in Deutschland geschult werden (gegen Radikalisierung)

Weitere Aspekte zu Bildung und Erziehung

Erarbeitet von Herrn Ipfelkofer

Anforderungen an die Stadt

Zwar ist die Stadt „nur“ Sachaufwandsträger und kann nicht über Grundsätzliches in der Bildungspolitik entscheiden, aber sie kann Voraussetzungen schaffen, damit gute Bildung möglich ist bzw. erleichtert wird, und sie kann Impulse setzen, um zeitgemäße Bildung endlich voranzubringen.

Äußere Rahmenbedingungen

Die Drei-Auen-Schule und die Westparkschule stehen als Zentrum für Bildung, Betreuung und soziale Kultur der Bevölkerung zur Verfügung und sind nicht nur stundenweise Lernort für Schüler. Dies soll Modell nicht nur für zukünftige neue Schulbauten, sondern auch für Renovierung oder Nutzungsänderungen sein. Die Räumlichkeiten sollen multifunktional nutzbar sein, Arbeitskreisen und Initiativen, der offenen Jugend- und Stadtteilarbeit sowie kultureller und kreativer Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen.

Kinderbetreuung

Damit Frauen auch weiterhin Kinder bekommen können, ohne ihre Berufstätigkeit und damit auch ihre Selbstständigkeit aufzugeben, bräuchte es ein ausreichendes Angebot an wohnortnahen Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Horten und Ganztagschulen, wie es in anderen europäischen Ländern selbstverständlich ist. Trotz niedriger Geburtenrate schaffen es Städte wie Augsburg nicht, ein solches Angebot bereitzustellen, da mit der Einführung des Betreuungsgeldes das falsche Signal gesetzt wurde und zudem das Programm zum Ausbau von der Kinderkrippenplätzen 2013 ausläuft – mit absehbaren Folgen.

Grundsätze wären hier:

- Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit fördern
- Rückzugsräume anbieten
- ErzieherInnenausbildung fördern (akademisieren)
- gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen

Stadtschülerrat

Die Einrichtung eines Stadtschülerrates, die vor Jahren wegen 10.000 € am Kämmerer scheiterte, wäre erneut zu fordern. In einer solchen kommunalen Schülervertretung, wie es sie zum Beispiel in München schon lange gibt, treffen sich Schülersprecher oder gewählte Delegierte der einzelnen Schulen, beispielsweise zur Planung von stadtweiten, also schulübergreifenden Aktionen. Wikipedia schreibt: „Im Einzelfall haben Stadtschülervertretungen auch einen beratenden Sitz im entsprechendem Ratsausschuss der jeweiligen Stadt.“

Forderungen des Augsburger Schülerbündnisses im Bildungsstreik 2009

- eine kostenlose Bildung für alle
- vollkommene Lehr- und Lernmittelfreiheit
- Komplettrenovierung aller Schulgebäude
- eine Schule für alle
- eine Schule als Lebensraum
- kleinere Klassen
- mehr und besser ausgebildete Lehrer
- Abschaffung der Dreigliedrigkeit
- Chancengleichheit im Bildungssystem
- selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrer Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck,
- freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,
- öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- und Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Literaturhinweise

Nov. 2009 Demonstration von SchülerInnen und Studierenden – Wird es einen Stadtschülerrat geben?
http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2009/12/26_schuelerdemo.pdf

Mai 2009 Grüne fordern mehr Jugendbeteiligung an der Stadtpolitik <http://www.daz-augsburg.de/index.php?s=stadtsch%C3%BClerrat>

Bildungsstreik 2009, Forderungen des Augsburger Schülerbündnisses
http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2009/06/21_schuelerdemo.pdf

Sept 2008 Vielfältige und interessante Positionen der Opposition zu einer Schulreform in Bayern, Vergleich der Landtagswahlprogramme http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/080922_Landtagswahl-/artikel.pdf.

Energie

23. November 2012

Aufgabenstellung

Der Wandel hin zu einer nachhaltigen und regenerativen Energieversorgung für Alle ist von verschiedenen Herausforderungen und Chancen geprägt. Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit, Flexibilität und Bezahlbarkeit sind dabei wichtige Bedingungen.

Diese Aufgaben können am sinnvollsten mit den unten genannten Forderungen und Lösungsansätzen erfüllt werden. Ein vielfältiger Mix auf dezentraler Ebene mit einer Beteiligung der BürgerInnen, also der VerbraucherInnen selbst, ist dabei der wesentliche Baustein.

Forderungen und Lösungsansätze

Dezentrales Energiekonzept

- ❖ Maximale Dezentralisierung bei der Energiegewinnung und –speicherung durch vernetzte Kleinanlagen, bspw. durch dezentrale Mini und Mikro Blockheizkraftwerke (BHKW). Minimierung von Verteilungsverlusten.
- ❖ Kommunale Energieversorgung und „regionale“ Vermarktung, bspw. in Form von einem lokalen Energiemarktplatz in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken.

Integratives Energiekonzept

- ❖ Dezentrales Energiekonzept als Grundlage für die infrastrukturelle Planung der Energieversorgung in der Stadtentwicklung.
- ❖ Zusätzliche Nutzung und Förderung der architektonischen Möglichkeiten zur Energiegewinnung und Energiespeicherung, bereits bei der Stadtplanung und –entwicklung (bspw. aktiven modularen Fassadenelemente, die gleichzeitig dämmen und Energie erzeugen).
- ❖ Technische und wirtschaftliche Vernetzung von Kleinstanlagen mit Schaffung eines regionalen integrativen Energiekonzeptes:
 - Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie.
 - Ausbau von Wind- und Wasserkraft Kleinstanlagen.
 - Einrichtung von Windanlagen als Bürgeranlagen.
 - Integration der Kleinstanlagen innerhalb der Stadt, keine Verbannung auf das Umland oder andere Regionen.

Geringere Umsetzungshürden

- ❖ Verringerung der bürokratischen Hemmnisse bei der Einrichtung dezentraler Anlagen.
- ❖ Die Stadt und die städtischen Betriebe sollen eine Vorreiter- und Vorbildfunktion ausüben (Gebäudesanierung, Solar-Dächer auf öffentlichen Gebäuden).

Ausführliche Erläuterung, der oben genannten Forderungen in den Eckpunkten für ein Augsburger Energiekonzept unter:

<http://www.jpberlin.de/attac-augsburg/images/energiekonzept-2012-gesamt.pdf>

Grundlage bildet das von der Stadt Augsburg erarbeitete regionale Klimaschutzkonzept:

<http://www.region-a3.com/klimaschutz.html>

http://www.region-a3.com/fileadmin/user_upload_a3/PDF/Regionalmanagement/ Klimaschutz/AUG-gesamt_Druckversion_2012-02-29.pdf

Frieden, Rüstungskonversionen

23. November 2012

Dem Bild der Friedensstadt entspricht die Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters im weltweiten Städtebündnis „Mayors for Peace“, das sich, angeführt von Tadatoshi Akiba, Mayor of Hiroshima, für eine atomwaffenfreie Welt bis zum Jahr 2020 einsetzt. Gleichzeitig ist die Stadt Produktionsstandort für einen Nuklearbomber. Der Torndao IDS, der von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, einer Vorläuferfirma von EADS/Premium Aerotec, gebaut wurde, ist ein Mehrzweckkampfflugzeug, konzipiert auch für die Rolle „konventioneller und insbesondere nuklearer Luftangriff“ (Wikipedia).

Im Hinblick darauf sind die Aktivitäten des Büros für Frieden und Interkultur der Stadt wichtig, bei denen im Rahmen des vergangenen Friedensfestes erstmals die Rüstungsexporte und damit indirekt auch die Rüstungsproduktion unter Kritik kamen. Sehr wichtig auch die Bewegung für eine Zivilklausel an der Universität, mit der Rüstungsforschung und Militäraufträge an der Universität ausgeschlossen werden sollen.

Die Stadt mit dem Anspruch einer Friedensstadt kommt an einer Rüstungskonversion nicht vorbei. Das Argument mit den Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie ist trügerisch. In der Regel sind es Marktkräfte, die sowieso zur Schrumpfung und Stilllegung ganzer Branchen führen. Die Wirtschaftspolitik – auch der Stadt – ist hier ebenso wie beim Niedergang der Textilindustrie gefordert, auszugleichen, umzulenken, Bedingungen bei der Grundstücksvergabe zu stellen, zivile Produktion gezielt zu fördern... Voraussetzung ist eine Ächtung von Militarismus und Militärproduktion. Dies schafft ein Klima für weitergehende Maßnahmen. Die Stadt sollte keine Militärproduktion und keine Militärforschung fördern, wie sie teilweise im Innovationspark vorgesehen ist.

Eine Zivilklausel an der Universität, die Rüstungsforschung und Militäraufträge an der Universität untersagt, wären ein Gewinn für die städtische Zivilgesellschaft.

Die Bundeswehr ist an Kriegen beteiligt, die die Nato und einzelne EU-Staaten im Ausland führen. Die Jugend sollte sich nicht zum Kriegsdienst verdingen müssen, um einen Job zu bekommen.

Die Bundeswehr darf nicht zum Arbeitgeber- und Ausbildungsplatzersatz werden, wo die Wirtschafts- und Bildungspolitik versagt.

Deshalb darf die Stadt Ausbildungsmessen wie „Horizon“ nicht unterstützen, zum Beispiel durch die Schirmherrschaft des OB. Die Stadt sollte als Besitzer der Messehallen und der Messegesellschaft nur Messen zu lassen, an denen die Bundeswehr *nicht* teilnimmt.

- ❖ keine Propaganda für die Bundeswehr an Schulen und an auf öffentlichen Plätzen (keine Militärkonzerte und keine Rekrutengelöbnisse, kein Stand des Marinevereins beim Fest des Integrationsbeirats)
- ❖ die Stadt muss die Patenschaft mit dem Kriegsschiff „Fregatte Augsburg“ aufgeben
- ❖ die Stadt könnte die Grundstücksvergabe auf dem Gelände des Innovationsparks so regeln, dass Firmen, die dort Militärforschung oder Militärproduktion bezwecken, nicht zum Zuge kommen
- ❖ die Stadt könnte und sollte ihre Mitgliedschaft in den internationalen Städtebündnissen, insbesondere bei *Mayors for Peace*, aktiv wahrnehmen. Die Ächtung von Atomwaffen würde auch EADS betreffen, die am französischen Atomwaffenprogramm beteiligt ist

- ❖ falls die Bundesregierung die nukleare Teilhabe fortsetzt, steht eine Modernisierung des Tornado für die neuen US-Bomben oder eine Umrüstung des Eurofighters zum Nuklearbomber ins Haus. Diese würde voraussichtlich auch über Premium Aerotec laufen. Auch hier müsste sich die Stadt als Mitglied von Mayors for Peace deutlich positionieren

Ausführlichere Fassung mit weiteren Aspekten. Erarbeitet von Frau Frana-Feininger und Herrn Feininger; siehe unter:

http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2013/03/23_frieden-ruestungskonversion-zivilklausel-stadtwerkstatt-teil-1.pdf

Kommune gegen Rechts

23. November 2012

In den vergangenen Jahren nahmen Rechtsextreme vor allem den Gedenktag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten am 25. und 26. Februar 1944 zum Anlass, in der Stadt aufzumarschieren. Breite Gegenwehr der Stadtbevölkerung und am Schluss deutliche, politisch begründete Verbotsverfügungen der Stadt Augsburg führten dazu, dass die Nazis seit drei Jahren von ihren Aufmärschen in der Stadt Abstand nehmen. Trotzdem bleiben wir seitdem von rechtsextremen Aktionen nicht verschont. Hier wäre es dringend nötig, dass die Stadt, bei der diese Aktionen angemeldet werden müssen, die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend informiert, damit eine zivilgesellschaftliche Gegenwehr aufgebaut werden kann. Es geht dabei neben dem Ort und dem Zeitpunkt vor allem auch um die Bekanntgabe der Route, wenn Rechtsextreme demonstrieren wollen.

Die Polizei darf die Rechtsextremen bei Umzügen und Kundgebungen nicht vor der Öffentlichkeit abschirmen. Gegen die Parolen der Rechtsextremen auf ihren Plakaten und Flugblättern und gegen die Reden, die zum Teil strafbaren Inhalts sind, sollte konsequent eingeschritten werden.

Beim Sudetendeutschen Tag, der immer wieder in Augsburg abgehalten wird, tritt bislang regelmäßig der Witikobund in Erscheinung, sei es mit einer eigenen Veranstaltung in den städtischen Messehallen oder zuletzt mit einer Veranstaltung des Witikobund-Reinfried Vogler im Goldenen Saal des Rathauses 2010. Der Witikobund wurde bis 1967 vom Bundesinnenministerium als rechtsextrem eingestuft und liefert der Bundesregierung erneut seit 2001 „Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen“. Der Oberbürgermeister unserer Stadt sollte sich dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Regensburg anschließen, der keine Veranstaltung der Sudetendeutschen mehr in städtischen Räumen und keine Beteiligung der Stadt zuließ, solange sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft nicht vom Witikobund distanziert.

Bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ist die Stadt Augsburg nach wie vor gefordert. Die Benennung zahlreicher Straßen im Sheridanviertel nach Personen aus dem Widerstand war beachtlich. Nun sollte die Stadt noch einen Schritt weitergehen. Straßen wie beispielsweise Dr.-Otto-Meyer-Straße, Prof.-Messerschmitt-Straße oder Karl-Haberstock-Straße müssten ebenfalls umbenannt werden.

Otto Meyer, Direktor der Rumplerwerke, baute dort im 1. Weltkrieg bereits Kampfflugzeuge. Nach der Demilitarisierung dieser Firma wurde er Direktor und Vorstand der MAN-Werke. Die MAN war der zentrale Augsburger Rüstungsbetrieb im Faschismus und neben Hamburg das Zentrum des U-Boot-Marine-Motorenbaus. Wilhelm Messerschmitt wurde 1945 nach der Befreiung als Kriegsverbrecher eingestuft und drei Jahre interniert. Er baute den Standardjäger der Nazis unter Verwendung von Zwangsarbeitern mehrerer Konzentrationslager. Karl Haberstock war NSDAP-Mitglied, war für die Kommission zur Verwertung der beschlagnahmten Werke „entarteter Kunst“ tätig, förderte Rosenbergs paramilitärisch organisierten Kampfbund für deutsche Kultur und wurde zum Hauptagent Hitlers, der seine Kunstsammlung mit Haberstocks Hilfe aufbaute.

Die Aufklärungsarbeit ist noch nicht zu Ende. Die Halle 116 auf dem Sheridanengelände muss als ehemaliges KZ-Außenlager von Dachau erhalten und zur Gedenkstätte ausgebaut werden, wie es die *Initiative Denkort* seit langem fordert. Der Konzeptentwurf, den Prof. Gassert unlängst dem Stadtrat vorlegte und von diesem gebilligt wurde, muss jetzt zügig ausgearbeitet und *umgesetzt* werden. Es geht dabei um eine kombinierte Nutzung der sehr großen Halle als Denkort, als Lernort für den Frieden, als Museum für die Geschichte der Amerikaner in der Stadt und Vorhaben des Stadtjugendrings, von Kulturschaffenden, des Jüdischen Kulturmuseums, der Geschichtswerkstatt etc. Das alles geht nicht ohne tatkräftige Unterstützung durch die Stadtverwaltung.

Historische Orte müssen sichtbar gemacht werden.

- ❖ Der Grabstein des ehemaligen Gauleiters auf dem Gögginger Friedhof mit der zynischen Inschrift: „Werdet nicht müde, das Gute zu tun“, ebenso wie das Grab für russische Zwangsarbeiter, die von der Gestapo brutal gefoltert und ermordet wurden, weil sie sich der Kriegsproduktion bei Messerschmitt widersetzen.
- ❖ das AOK-Gebäude am Prinzregentenplatz, die ehemalige Gestapo-Zentrale, darf nicht länger die Hintergrundkulisse für Nazi-Aufmärsche sein
- ❖ Sogenannte Stolpersteine, die an jüdische und andere Opfer des Nationalsozialismus auf den Straßen der Stadt erinnern, wären angebracht. Auf entsprechenden Tafeln an den Hauswänden sollte die Bedeutung des jeweiligen Stolpersteins näher erläutert werden.
- ❖ Auf der Homepage der Stadt Augsburg sollten ständige Seiten eingerichtet werden, die über die NS-Vergangenheit mit all ihren Aspekten aufklären.
- ❖ Die Regio Augsburg sollte Stadtrundgänge fördern, die über die NS-Vergangenheit aufklären. Ein eigener Stadtplan mit Hinweis auf die historischen Orte wäre angebracht und sollte auch im Netz veröffentlicht werden.

Ausführlichere Fassung mit weiteren Aspekten. Erarbeitet von Frau Frana-Feininger und Herrn Feininger; siehe unter:

http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2013/03/23_kommune-gegen-rechts-stadtwerkstatt-teil-2.pdf

Kultur

22.-23. November 2012

Ausgangslage

Vor einem halben Jahr wurde, aus Unzufriedenheit mit der Augsburger Kulturpolitik, der außerparlamentarische Kulturrat gegründet (nicht zu verwechseln mit dem städtischen KulturBEirat). AkteurInnen der Kultur können hier einen gemeinsamen Nenner finden und vielleicht in Zukunft auch ein gemeinsames Forum.

Die Stadt ist eines der wirkmächtigsten Kulturprodukte der Menschheit, die selbstreferentiell diese immer neu generiert. Damit stellt sich die Frage, was Kultur in der Stadt, was Stadtkultur ausmacht, und wie Kulturpolitik funktionieren müsste? Welche Vernetzungen und Symbiosen hat das Handlungsfeld Kultur mit den anderen Bereichen?

Diese und weitere Fragen stellte sich der Kulturrat und gibt Antworten im gemeinsam erarbeiteten „variable Kulturmanifest“

Darin wurde in drei Teilen definiert („Manifest“), welche Ziele, Probleme, Aufgaben und Chancen mit intelligenter Kulturpolitik angegangen werden können, welche Methoden dazu angewandt werden müssen und wie ein auf Dauer angelegter Kulturrat aufgebaut sein kann. Da alle Thesen eine gewisse Offenheit und Komplexität aufweisen und Stadt nie „fertigentwickelt“ ist, wurde das Manifest „variabel“ genannt

Forderungen

- ❖ Vorantreiben und Wiederbelebung des Profilentwicklungskonzept – Renaissance 2.0.
- ❖ Herausarbeitung der Besonderheiten Augsburgs gegenüber anderen Städten.
- ❖ Globale Themen, wie Energie- und Emissionsprobleme, aber auch Finanzierung und Beschäftigung sind zwingend auf kultureller Ebene mit einzubeziehen. Folglich sind aus diesem Grund auch Lokale Probleme wie Ausgleich, Integration, Partizipation und Verantwortung, Verpflichtung und Respekt zu diskutieren und neu zu definieren.
- ❖ Reflektion (mit der Zivilgesellschaft) von Getanem vor dem Hintergrund der Vergangenheit.
- ❖ Kunst und Kreativität müssen als Übersetzer schwieriger Fragen ernst genommen und in städtisches Vorgehen mit einbezogen werden, denn Kunst hält den Spiegel vor. Es umfasst die Gesamtheit der literarischen Werke, die Musik, das Theater, die Architektur, ohne die die Stadt ziemlich flach wäre und nicht zuletzt die Bildende Kunst. Vielleicht ist das Kunstschaffen ja überhaupt die sinnvollste Tätigkeit des Menschen.
- ❖ Daraus resultiert die Notwendigkeit einer kulturell-ästhetischen Atmosphäre der Vielfalt und Lebendigkeit, des interkulturellen und internationalen Selbstverständnisses, der Gleichzeitigkeit von Hoch-, Breiten- und Subkultur.

- ❖ Die materielle Stadtentwicklung behandelt die optische, haptische und akustische qualitative Gestalt der Stadt und seiner Bestandteile, aber auch die Anzahl, Qualität und Klassifizierung von Kultureinrichtungen und gleicht dies ab mit den ökologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren.
- ❖ Darüberhinaus ist die Eingliederung in den Agenda-Prozess erforderlich.

Hinweis: Der Agenda-Prozess basiert seit 1992 auf den drei Säulen Ökologie, Soziales und Ökonomie. Die Kultur wurde lange Zeit als Teil des Sozialen Handlungsbereichs gesehen, doch das muss sich ändern. Denn letztlich ist diese Dreiteilung unzureichend bis irreführend, alle Lebensbereiche müssen gleichsam angesprochen werden. Kultur muss also wie Ökonomie einen eigenen Bereich darstellen, deren Einfluss nicht zu unterschätzen ist. Nachhaltigkeit kann nur gelingen, wenn alle Facetten menschlichen Daseins in ihrer Rolle bedacht werden.

- ❖ Es ist ein Gleichgewicht zwischen den Stadtrat und den neun Referaten herzustellen, da dieses die Entwicklung der Stadt in allen Bereich benachteiligt und damit alle Bereiche gleichermaßen zur Geltung kommen.
- ❖ Selbstverständlich ist städtisches Kulturmanagement eine zentrale Aufgabe des Kulturreferates. Aber darüber hinaus müssen Handlungsstrukturen und Organisationsformen städtischer Kulturpolitik einer ständigen Evaluation unterzogen werden. Wer entscheidet, welche Kultur und Bildung angeboten wird? In welcher Struktur findet Kulturförderung statt?

Hinweis: Augsburgs Stadtrat hat 9 Referate, wovon eines das Oberbürgermeisterreferat ist, das hierarchisch über den anderen agiert. Versucht man, die Referate den Agenda-Handlungsbereichen zuzuordnen, fallen Ungleichgewichte auf: Das Sozialreferat und das Umweltreferat kann eindeutig zugeordnet werden, Wirtschafts- und Finanzreferat dem Handlungsbereich Ökonomie. Nimmt man das Ordnungsreferat als Exekutivamt heraus, verbleiben Bildungs-, Bau- und Kulturreferat. Also gleich drei Referate, die im bisherigen Agendaspektrum kein Gegenüber haben, die Bildung nur als soziale nicht als kulturelle Aufgabe gewertet und die Stadtentwicklung nicht architektonisch-ästhetisch, sondern nur technisch-wissenschaftlich orientiert.

Kontakt und weitere Informationen finden Sie unter:

<http://kulturrat-augsburg.de>

Medien und Freifunk

22. November 2012

Forderungen

- ❖ Die Einrichtung eines lokalen WLAN-Netzes, das als Medium für Kommunikation und Information aller BürgerInnen dient und von diesen kostenlos genutzt werden kann.
- ❖ Im Zuge des Prozesses der Stadtentwicklung hat die Stadt Augsburg, die Chance und die Verpflichtung zum Wachsen und damit zum Erfolg des freien WLAN-Netzes beizutragen, indem sie auf den kommunalen Gebäuden Accesspoints betreibt bzw. die Möglichkeit dafür anbietet.
- ❖ In einer ersten Version kann es als lokales Informationsmedium fungieren und ortsbezogene Informationen anbieten, z. B. kann der Accesspoint des Theaters das aktuelle Programm, in den Räumlichkeiten der Stadtwerke der Netzplan oder im Bürgerbüro einen Link auf sämtliche PDF-Formulare möglich sein. In einem zweiten Schritt, falls man diese Trennung überhaupt anstrebt, kann die Brücke geschlagen werden und darüber auch ein Internetzugang angeboten werden.
- ❖ Das WLAN-Netz muss unentgeltlich und ohne Zugangsbeschränkungen betrieben werden. In Ausnahmefällen kann aus technischen Gründen eine Priorisierung der Bandbreite vorgenommen werden, um möglichst allen die Mitgewirkt haben einen fairen Anteil zu gewähren.
- ❖ Eintreten der Stadtregierung für eine Abschaffung der Störerhaftung (-> Verweis auf die Bundesratsinitiative von Hamburg. (Die Formulierungen der SPD sind nicht annehmbar)

Nutzen

- ❖ Der Zugang zur Teilhabe am digitalen Leben und das unabhängig vom Einkommen (→ Stichwort: Digitale Spaltung). Die Chance Menschen real zu vernetzen, um einander zu helfen z. B. der Zugang zu Wissensvermittlung und -austausch.
- ❖ Es ermöglicht die Partizipation der BürgerInnen an Prozessen. Für Partizipation braucht es aber auch Wissen, aus diesen Gründen ist ein IFG (Informationsfreiheitsgesetz) für Augsburg anzustreben.
- ❖ Keine Speicherung von Bewegungs- oder anderen Daten (auch nicht gewinnorientiert). Beim Freifunk werden keinerlei Daten gespeichert, d. h. Sicherheit von Bewegungs- oder Zugangsdaten.
- ❖ Es ist ein Heimnetzwerk, das keine Dienstleistung darstellt und wird damit von der Gemeinschaft getragen und organisiert. (Alternative: Freifunk ist ein sog. Mesh-Netzwerk, das unkommerziell getragen wird, d. h. die Betreibenden wollen für sich keinerlei Vorteile. Es ist die Freude, dass es da ist und von Anderen genutzt werden kann. Wir haben Spaß an der Technik und halten unser Engagement für einen

sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft. Freifunk ist die Möglichkeit ein Netzwerk zu errichten, das von den BürgerInnen selbst betrieben wird und ihnen damit auch gehört. Darüberhinaus wird über Regeln und die Ausgestaltung in offenen und basisdemokratischen Prozessen abgestimmt.

- ❖ Die Stadt und die öffentlichen Einrichtungen gewinnen damit an Attraktivität. Freifunk wurde in dem Zusammenhang auch mal als das digitale-Glas-Wasser bezeichnet, das man Reisenden gerne kostenlos anbietet.

Die Haftungsproblematik ist der Gruppe bewusst. 2009 hat der Bundesgerichtshof in einer Urteilsbegründung die sog. (Mit-)Störerhaftung aufgestellt. Diese besagt, dass der Anschlusseigner eines fahrlässig unverschlüsselten WLANs für darüber begangene Straftaten zivilrechtlich belangt werden müsse. Inwiefern diese Erläuterung auch auf Freifunk zutrifft, der die Netze bewusst offen und unverschlüsselt lässt, ist bislang juristisch ungeklärt.

Auch ist es unter JuristInnen, Netz-AktivistInnen und FreifunkerInnen schwer umstritten, ob diese „den-letzten-beißen-die-Hunde-Mentalität“ überhaupt für eine Verurteilung ausreichend ist. Viele Freifunk-Gruppen nutzen einen Internetzugang via VPN ins Ausland (auch wir), wo dieses Rechtskonstrukt nicht existiert. Die Störerhaftung ist ein deutsches Phänomen und existiert unseres Wissens in keinem anderen Land. Im Gegenteil, in anderen Ländern ist die Freigabe des WLANs üblich. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die Stadtverwaltung Weimars, die sich auf Antrag einer Fraktion für den städtischen Betrieb eines Freifunk-Netztes ausgesprochen hat.

Weitere Informationen unter:

<http://wirbelnuss.de/freifunk/>

Zur Professionalisierung noch ein Hinweis:

Aktuell werden die 25 „Knoten“ im Augsburger Stadtgebiet von ca. fünf FreifunkerInnen betrieben. Die Hardware ist aus Kostengründen häufig gebraucht, jedoch kann für ca. 100 € pro Standort, neue und leistungsfähigere Hardware beschafft werden. Freifunk ist damit keinesfalls als Bastelprojekt anzusehen, z. B. ist der verwendete Routing-Algorithmus (OLSR) seit Jahren Objekt wissenschaftlicher Forschung und wird stets weiterentwickelt und findet breiten Einsatz in verschiedenen Produkten, sei es kommerziell oder auch als OpenSource.

Migration, Integration und Asyl

22.-23. November 2012

Vision

- ❖ Augsburg ist eine internationale Stadt (cosmopolitisch) mit transnationalen Sozialräumen.
- ❖ Begriffe wie Migration und Integration sind veraltet und werden dem heutigen Stadtbild nicht mehr gerecht.

Forderungen

- ❖ Jeder Stadtteil hat sein „Grandhotel“ - sein Stadtteilhaus, Gemeindehaus oder Kulturhaus. Hier finden auch Asylsuchende Platz.
- ❖ Die Migrationsorganisationen werden professionalisiert.
- ❖ Leerstände können für solche Stadtteilhäuser genutzt werden.
- ❖ Stadteilfeste müssen wieder belebt und offene Werkstätten eingeführt werden (u. a. BikeKitchen).

Denn Kultur verbindet die Menschen und bringt sie in Kontakt

Weitere Aspekte zu Migration, Integration und Asyl

Erarbeitet von Herrn Ludwig

Lage

Im März 2007 hat der Stadtrat einstimmig das „Weißbuch“ mit den „20 Grundsätzen für eine Integrationspolitik in der Stadt Augsburg“ beschlossen, auf Basis eines sogenannten Grünbuches und knapp 50 Stellungnahmen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Koordinator der Fachstelle Integration und interkulturelle Arbeit im OB-Referat definierte: „Integration bedeutet das konstruktive Miteinander der Menschen aller Gruppenzugehörigkeiten in Augsburg, gleich welcher ethnischen, kulturellen und religiösen Zugehörigkeit, gleich welcher Lebensweisen (Milieus), Lebensformen und Generationen. Allen Lebensformen gerecht zu werden, erfordert eine fortgesetzte Verständigung über Grundwerte der Gesellschaft und realistische Chancen der Teilhabe, z. B. des Lebens- und Schulerfolges der Kinder und Jugendlichen. Eine so verstandene Integration ist eine Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft und eine Querschnittsaufgabe der beteiligten Institutionen.“

Eine Überprüfung bzw. ein Monitoring der städtischen Integrationspolitik wäre nach sechs Jahren angebracht. Trotz vieler Initiativen sehen Fachleute besonders bei sozialen Projekten großen Nachholbedarf. Auch der Oberbürgermeister sieht die Entwicklung im Interview mit der Süddeutschen Zeitung kritisch: „Alle Großstädte erfahren starke zentrifugale Tendenzen in ihren Stadtgesellschaften. Es gibt keine gesellschaftliche Mitte mehr, und die Aufgabe der Politik ist es, diesem Prozess entgegenzuwirken und alles für das große Ziel der gleichberechtigten Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur und Sport zu tun.“ Es gilt wohl, was im Weißbuch der Stadt Augsburg wörtlich steht, dass Integration ein dauerhafter Prozess sei und „in Zukunft mehr als passive Toleranz“ brauche. Nach Ansicht der Fachstelle für Integration und interkulturelle Arbeit im Rathaus sei Vielfalt zwar

inzwischen Normalität in der Stadt, die Trennungslinien der Stadtgesellschaft seien eher die sozialen Fragen. Und hier werden gravierende Lücken gesehen.

Was die Situation der Flüchtlinge in der Stadt betrifft, so liegt vieles im Argen. Die Unterkunftstandards für Flüchtlinge in der Stadt sind zum Teil verheerend, der Umgang von Behörden mit Migranten und Asylbewerbern lässt zu wünschen übrig, das Reglement der bayerischen Staatsregierung ist berüchtigt. Flüchtlingsberater sehen einen Riesenbedarf in Antidiskriminierungsmaßnahmen für Flüchtlinge und Migranten. Die bei der Ausländerbehörde eingerichtete Ombudsstelle scheint bei Konflikten eher gegen „integrationsunwillige“ Personen vorzugehen, als die eigenen Mitarbeiter abzumahnern.

Flüchtlingsresolution

Dem Augsburgener Stadtrat lag seit Ende 2011 vonseiten der Vollversammlung des Integrationsbeirats ein Antrag in Form einer Resolution vor: „Für eine menschenwürdige, kommunale Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Augsburg“. Gerade weil diese wichtige Resolution 2012 im Sozialausschuss des Stadtrats verworfen wurde, seien die Forderungen hier noch einmal bekräftigt:

„Vor dem Hintergrund der in der Begründung genannten Situation möge der Augsburgener Stadtrat beschließen, dass sich die Stadt Augsburg mit Nachdruck dafür einsetzt, dass:

1. in Augsburg alle großen Unterkünfte mit Lagercharakter geschlossen und durch kleinere Unterkünfte mit Wohncharakter (kleine, abgeschlossene Wohneinheiten, die Selbstorganisation und -verantwortung ermöglichen – wie beispielsweise in der Windrechtstraße) ersetzt werden. Die Gemeinschaftsunterkunft in der Calmbergstraße wird spätestens zum 31.12.2012 geschlossen.

2. die Mindeststandards nach Leitlinie des bayerischen Sozialministeriums vom 1. März 2010 für alle Unterkünfte in Augsburg als verbindlich erklärt und weiterentwickelt werden. Grundlage für die Weiterentwicklung können die Richtlinien von Tür an Tür sein.

Alle Unterkünfte werden regelmäßig auf die Einhaltung dieser Leitlinie hin überprüft. Die Überprüfungsergebnisse sind öffentlich zu machen. Weiterhin setzt sich der Stadtrat in der Zukunft dafür ein, dass die Richtlinie 2003/9/EG verpflichtend umgesetzt wird, die die Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerber_innen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union festlegt.

3. Die Stadt Augsburg setzt sich in Zukunft dafür ein, dass das bisherige System der staatlichen Unterbringung in Regierungsverantwortung zugunsten eines dezentralen Unterbringungsangebotes in Eigenverantwortung der kreisfreien Städte und Landkreise in Schwaben ersetzt wird (siehe Konzeptpapier des Landkreises Coburg). Die Stadt Augsburg sucht zu diesem Zweck den Kontakt und die Kommunikation mit anderen Städten und Gemeinden.

4. Flüchtlinge aus staatlichen Unterkünften, die eine Privatwohnung suchen, benötigen Unterstützung und sollten in das bestehende städtische »Wohnhilfeprojekt« unter Einbeziehung von Freiwilligen integriert werden. Die Stadt Augsburg finanziert hauptamtliche Unterstützung von Wohnungssuchenden mit und ohne Migrationshintergrund. Als Orientierungshilfe dienen hierfür Erfahrungen des Augsburgener Wohnbüros, das bis Ende der 90er Jahre diese Aufgabe übernahm sowie die »Save-Me-Kampagne« in München.

5. Die Stadt Augsburg gewährt im Rahmen ihres Ermessens Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes auch für Flüchtlinge ohne Aufenthaltserlaubnis und stellt ansonsten ausreichend Mittel der Armutsprävention zu Verfügung, um Personen, die keinen Zugang zu diesen Leistungen bekommen können, ausreichend zu unterstützen.

6. Die Bauplanungen der Stadt müssen Flüchtlingswohnungen langfristig vorsehen. Bei Neubauplanungen und im sozialen Wohnungsbau ist die Einbeziehung von Minderheiten, wie die der Flüchtlinge, verpflichtend. Flüchtlingen muss grundsätzlich der Zugang zum sozialen Wohnungsmarkt ermöglicht werden. Für die Trägerschaft von Sammelunterkünften soll das Subsidiaritätsprinzip gelten, d. h. gemeinnützige oder kommunale Trägerschaft sollen staatlicher Trägerschaft vorgezogen werden.“

Literaturhinweise

„Stadt Augsburg: Eine Stadt für alle - Das Weißbuch. Augsburger Integrationskonzepte“.
<http://www2.augsburg.de/index.php?id=16524>.

Ross, Andreas. „Integration in Augsburg - Die Suche nach dem sozialen Kitt, SZ“. *sueddeutsche.de*, Oktober 3, 2012, Abschn. bayern. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/integration-in-augsburg-suche-nach-dem-sozialen-kitt-1.1484849>.

Für eine menschenwürdige, kommunale Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in Augsburg
Resolutionsvorlage für den Stadtrat 12.2.2012 -
http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2012/02/12_resolution-fluechtlinge.pdf

Sozialreferent flieht vor Verantwortung | FiA - <http://fi-augsburg.de/2012/12/sozialreferent-flieht-vor-verantwortung/>

Ein Trauerspiel: Der Sozialausschuss des Stadtrats befasst sich mit der Flüchtlingsresolution | FiA - <http://fi-augsburg.de/2012/04/ein-trauerspiel-der-sozialausschuss-des-stadtrats-befasst-sich-mit-der-fluechtlingsresolution/>

Das bayerische Flüchtlingsregime erodiert, Teil 1: Der Hungerstreik und der Marsch der Würzburger Flüchtlinge nach Berlin haben Folgen. Umkämpfte Lagerunterbringung, Residenzpflicht und Essenspaketenzwang. Eine Revolution im Landkreis Landsberg http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Fluechtlinge/130205_das-bayerische-fluechtlingsregime-erodiert-teil-1/artikel1.pdf

Das bayerische Flüchtlingsregime erodiert, Teil 2: Landkreise scheren aus, geben den Lagerzwang und Essenspakete auf und leiten dezentrales Wohnen und Bargeldversorgung für Asylbewerber ein. Wichtige Auseinandersetzungen in Neuburg um Unterbringung und Taschengeld
http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Fluechtlinge/130206_das-bayerische-fluechtlingsregime-erodiert-teil-2/artikel2.pdf

Integrationsbeirat Augsburg <http://www.integrationsbeirat-augsburg.de/>

Artikel zu Migration und Flucht beim Forum solidarisches und friedliches Augsburg
http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/index.htm und
http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Fluechtlinge/index.htm

Forum Flucht und Asyl in Augsburg und Umgebung <http://forumfluchtasyl.blogspot.de/>

Integrationszentrum Augsburg, Tür an Tür <http://www.tuerantuer.de/integrationszentrum-augsburg>

grandhotel cosmopolis, Konzept einer sozialen Skulptur in Augsburgs Herzen
<http://grandhotelcosmopolis.wordpress.com/>

„Augsburg - Ort der Vielfalt“, 2013. <http://www.augsburg.de/index.php?id=27437>.

„Lokaler Aktionsplan (LAP) | Toleranz fördern Kompetenz stärken in Augsburg“, 2013. http://www.toleranz-augsburg.de/lokaler_aktionsplan_zielsetzung

Partizipation, Demokratie und Transparenz

22.-23. November 2012

Wie lassen sich Bürger motivieren?

Auf der einen Seite haben wir das Bürgerengagement, u. a. Ehrenamt und freiwilligen Dienste. Auf der anderen Seite gibt es die Bürgerbeteiligung. BürgerInnen, die sich engagieren, möchten sich auch beteiligen, d.h. ein Mitspracherecht muss eingeräumt werden.

Forderungen

- ❖ Politikverdrossenheit senken, durch mehr Transparenz
 - Transparente Stadtratsbeschlüsse und Protokolle der Verwaltung.
 - Lokales Medium, Gemeindebrief bzw. Newsletter
- ❖ Bessere Beteiligungsstruktur aufbauen
 - Bürgerhäuser, Gemeindehäuser, Kulturhäuser
 - Stadtteilstefte
 - Die Beteiligungsstruktur in den Stadtteilen ist zu fördern, durch Bereitstellung von Räumen, Materialien und direkten Ansprechpartnern.
 - Kontinuierliche Beteiligungsstruktur auf Stadteilebene.
 - Projekte wie die „Soziale Stadt“ als dauerhaften Prozess in allen Stadtteilen und durch alle Referate hindurch.
 - BürgerInnenplenum: Ein gewähltes Gremium auf Stadteilebenen (z. B. von jedem Stadtteil einen Vertreter). Dieses ist dem Stadtrat zugeordnet und gibt entscheidungsrelevante Empfehlungen ab. Dieses Gremium wird von Experten und Fachleuten beraten und umfassend informiert, damit nachhaltige Entscheidungen getroffen werden können.
- ❖ Durch direkte Förderung von Partizipation
 - Strukturelle Ermutigung zum Wortergreifen.
 - Vermittlung von Mediations- und Moderationskompetenzen, auch schon in Schule und Kindergarten.

Bei Entscheidungen sind nicht Lobbyinteressen sondern das Gemeinwohl im Auge zu behalten (nach Bayerischer Verfassung §153ff).

Ökologie

23. November 2012

Forderungen

- ❖ Die Biodiversitätsstrategie muss der Stadt, Stadtverwaltung und in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, damit ihre Umsetzung eingefordert werden kann.
- ❖ Ökologische Ausgleichsmaßnahmen sollten i.d.R. im selben Lebensraumtyp erfolgen. Eingriffe durch Ausgleichsmaßnahmen in Naturschutzgebieten sollten die Ausnahme bleiben.
- ❖ Die Stadtgesellschaft sollte mehr Anregungen aus der Arbeit des Lehrstuhls für Ressourcenstrategie der Universität Augsburg zur Umsetzung bringen. Bedeutendes Wissen und Ressourcen bleiben hier ungenutzt.

Ausführliche Erläuterung der oben genannten Forderungen in Augsburger Biodiversitätsstrategie unter:

http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/naturschutz/Biodiversitaetsstrategie/Augsburger_Biodiversitaetsstrategie.pdf

Weitere Informationen unter:

<http://www.augsburg.de/index.php?id=22781>

Region

22. November 2012

Ausgangslage

Die urbane Region Augsburg ist mehr als andere deutsche Großstädte und ihr Umland von der Grenzziehung zwischen Stadtgebiet und Umlandgemeinden betroffen. Die grundsätzlich wünschenswerte kommunale Selbständigkeit behindert allerdings Entwicklungs- und Planungssicherheit in einem Raum von fast einer halben Million Einwohner. Zurückliegende Gebietsreformen konnten das Problem nicht entschärfen, die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der jüngeren Vergangenheit erhöhten den Problemdruck.

Lösungswege

Die Situation nur von der finanziellen Seite zu sehen und einen interkommunalen Finanzausgleich einführen zu wollen, würde viele Aspekte des regionalen Problems außer Acht lassen. Um etwa Planungssicherheit für den Gesamtraum Augsburg-und-Umland zu schaffen, muss ein umfassenderer Lösungsansatz angestrebt werden.

Glücklicherweise gibt es bereits Vorbilder unter den Ballungszonen Deutschlands, die vergleichbaren Herausforderungen mit demokratischen Mitteln zu begegnen verstanden: Hannover und Stuttgart. In beiden Fällen war eine neue legislative Ebene Königsweg zur Weiterentwicklung eines Ballungsraums: *Das Regionalparlament*.

Um die oben angesprochenen Probleme zu lösen, ist eine Zusammenarbeit dieses Ballungsraumes erforderlich. Um diese Zusammenarbeit möglich zu machen, ist ein Regionalparlament notwendig, welches aus der Gesamtbevölkerung gewählt wird. Das Regionalparlament hat Kompetenzen für die Raumplanung, die den gesamten Raum betreffen, wie z. B. für die Bereiche Verkehr / Infrastruktur, Wirtschaft, Kultur, Bildung und Soziales.

Folgen

Durch die Einrichtung eines Regionalparlaments würde

- ❖ die kommunale Selbständigkeit aller beteiligter Kommunen gewahrt.
- ❖ eine demokratische Legitimation für Entscheidungen herbeigeführt, die den ganzen Raum betrifft.
- ❖ ein gemeinsam beschlossener Finanzausgleich ermöglicht.
- ❖ Planungssicherheit auch über Kommunengrenzen hinweg erzielt.

- ❖ eine Identifikation der BürgerInnen mit dem urbanen Ballungsraum erreicht.
- ❖ die Infrastrukturherausforderungen (i.e. Nahverkehr) adressiert.
- ❖ politische Partizipation aller Betroffenen hergestellt.

Einer Einbettung in den bestehenden Regierungsbezirk Schwaben oder einer etwaigen zukünftigen Metropolregion München-Augsburg steht nichts entgegen.

Region Augsburg: Demokratie da, wo sie gebraucht wird.

Weitere Informationen finden Sie unter:

Region Hannover: http://de.wikipedia.org/wiki/Region_Hannover

Region Stuttgart: http://de.wikipedia.org/wiki/Region_Stuttgart

Fritz Effenberger

Städtebau

22. und 23. November 2012

Forderungen

- ❖ Es sind neue gemeinschaftliche Wohnformen erforderlich.
- ❖ Eine soziokulturelle Nutzungsmischung soll planerisch gesteuert und gefördert werden (z. B. französisches Viertel in Tübingen).
- ❖ Bauherrengemeinschaften müssen gefördert werden.
- ❖ Bessere Möglichkeit der Bürgerschaft zur Partizipation bei Bauleitplanungen, z. B. durch die Einrichtung von repräsentativen Räumen oder Plantreff.
- ❖ Soziale Durchmischung fördern, z. B. auch durch gleichmäßige Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen.
- ❖ Nutzungsvielfalt in öffentlichen und halb-öffentlichen Räumen muss möglich sein.

Weitere Informationen finden sich auch unter:

www.razed-ev.de; E-Mail: razed@gmx.de

Verkehr

22. November 2012

Arbeitsfragen

Wie kann Mobilität in der Zukunft gedacht werden?

Insbesondere, wie kann die Attraktivität von eleganten, nachhaltigen Verkehrsformen wie der öffentliche Personennahverkehr, RadfahrerInnen bzw. Carsharing gesteigert werden?

Ist-Zustand

Die Nutzung von PKWs in der Stadt ist oftmals attraktiver als die Nutzung des ÖPNVs. Auch eine gewisse Konfliktsituation zwischen individuellen Bedürfnissen und gemeinschaftlicher Nutzung ist vorhanden.

Konzepte und Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität von ÖPNV und Fahrrad und anderer gemeinschaftlicher Mobilitätsformen.

ÖPNV

- ❖ Schaffung einer „grünen Welle“ für ÖPNV, so dass der gefühlte zeitliche Nachteil ausgeglichen wird.
- ❖ Bedarfsorientierte Optimierung der Straßenbahn- und Bustaktung, vor allem im Abend-, Schicht- und Nachtbetrieb.
- ❖ Optimierte Tarife durch die Einführung von Kombitickets, Sozialtarife und flexiblen Zeitzonen (z. B. Früh- und Spätnutzung).

Fahrrad

- ❖ Optimierung der Fahrradwege und Ampelschaltungen.
- ❖ Einrichtung von Fahrradtrassen für die Innenstadt.
- ❖ Bereitstellung von mehr Fahrradstellplätzen.
- ❖ Ausweitung der 30 kmh-Zonen.

Gemeinschaftlich genutzte PKW

- ❖ „Car-Sharing“ bzw. eine gemeinsame Autonutzung im Rahmen von Stadtteilmobilitätszentren.
- ❖ Einrichtung einer Flotte von klimafreundlichen PKW.
- ❖ Bereitstellung von besonderen Parkplätzen.
- ❖ „Sozialautos“
- ❖ Geteilte Nutzung und zweckgebundenes Fahren für Ältere oder sozial Schwache.
- ❖ Finanzierung von „Freifahrten“ für Bedürftige.

Ein städtisches Förderprogramm für die Erprobung und Etablierung dieser Entwicklungen ist erforderlich.

Weitere Aspekte zu Verkehr

Soweit möglich - z. B. über den Städtetag – sollten die besonderen Bedürfnisse der FußgängerInnen, RadfahrerInnen und InlinerInnen berücksichtigt und sich für diese stark gemacht werden.

Lösungen müssen der Existenz differenzierter Mobilitätsbedürfnissen z. B. von Senioren, Kindern und Behinderten gerecht werden.

Teilnehmende

Arbeit und Wirtschaft

Rebekka Breth-Lubecki
Joachim Dederichs
Peter Feininger
Helmut Jung
Tim Lubecki
Norbert Pantel
Johann Schneider
Wolfgang Weiner

Behindertengerechtes und barrierefreies Augsburg

Karin Berger-Fuchs
Walter Killesperger

Bildung und Erziehung

Jakob Ludwig
Maria Engelhardt
Alexander Jungmann
Ibrahim Kaya
Christian Z. Müller
Angela Silva
Karin Berger-Fuchs
Susanne Thoma
Norbert Stamm

Frieden, Rüstungskonversionen

Elvira Frana
Franz Egeter
Norbert Stamm
Peter Feininger
Volker Kusterer

Energie

Benjamin Clamroth
Franz Ratzinger
Joachim Dederichs
Johann Schneider
Norbert Pantel
Renate Rampp
Tobias Walter
Yola Yolova

Kommune gegen Rechts

Elvira Frana
Franz Egeter
Norbert Stamm
Peter Feininger
Volker Kusterer

Kultur

Jakob Ludwig
Maria Engelhardt
Alexander Jungmann
Ibrahim Kaya
Christian Z. Müller
Angela Silva
Karin Berger-Fuchs
Susanne Thoma
Norbert Stamm

Medien und Freifunk

Susanne Thoma
Franz Ratzinger
Bernhard Grotz
Volker Kusterer
Christian Steinherr

Migration, Integration und Asyl

Jakob Ludwig
Maria Engelhardt
Alexander Jungmann
Ibrahim Kaya
Christian Z. Müller
Angela Silva
Karin Berger-Fuchs
Susanne Thoma
Norbert Stamm

Partizipation, Demokratie und Transparenz

Jakob Ludwig
Maria Engelhardt
Alexander Jungmann
Ibrahim Kaya
Christian Z. Müller
Angela Silva
Karin Berger-Fuchs
Susanne Thoma
Norbert Stamm

Ökologie

Benjamin Clamroth
Franz Ratzinger
Joachim Dederichs
Johann Schneider
Norbert Pantel
Renate Rampp
Tobias Walter
Wolfgang Weiner
Yola Yolova

Region

Fritz Effenberger
Karin Berger-Fuchs
Markus Michl

Städtebau

Benjamin Clamroth
Franz Ratzinger
Helmut Jung
Joachim Dederichs
Johann Schneider
Norbert Pantel
Peter Feininger
Renate Rampp
Rebekka Breth-Lubecki
Tim Lubecki
Tobias Walter
Wolfgang Weiner
Yola Yolova

Verkehr

Benjamin Clamroth
Renate Rampp
Thomas Hecht